

Elterngeld: Kürzere Erwerbspausen von Müttern erwartet

C. Katharina Spieß
kspiess@diw.de

Katharina Wrohlich
kwrohlich@diw.de

Am 1. Januar 2007 wird das bisherige Erziehungsgeld durch das Elterngeld ersetzt. Danach erhalten Eltern, die zum Zwecke der Kinderbetreuung ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen, im ersten Lebensjahr ihres Kindes Elterngeld in Höhe von 67 % des entfallenen Nettoerwerbseinkommens. Von dieser Reform wird unter anderem erwartet, dass Mütter zu einem früheren Wiedereinstieg in den Beruf ermutigt werden. Bisherige Reformen, die primär darin bestanden, die Elternzeit auszudehnen, haben dagegen eher dazu geführt, dass die Berufsrückkehr von Müttern abgenommen hat. Aktuelle Schätzungen des DIW Berlin lassen erwarten, dass das Elterngeld zu kürzeren Erwerbsunterbrechungen von Müttern mit kleinen Kindern führen wird. Die Erwerbsbeteiligung von Müttern mit Kindern im zweiten Lebensjahr wird nach diesen Schätzungen auf knapp 40 % ansteigen. Der Erfolg des Elterngeldes wird unter anderem davon abhängen, inwiefern es durch andere familienpolitische Maßnahmen, insbesondere im Bereich der außerhäusigen Kinderbetreuung, begleitet wird.

Am 3. November 2006 hat nun auch der Deutsche Bundesrat den Gesetzentwurf zum Elterngeld verabschiedet. Damit steht der Einführung des Elterngelds zum 1. Januar 2007 nichts mehr im Weg. Mit dem Elterngeld wird in Deutschland eine Lohnersatzleistung nach dem skandinavischen Modell eingeführt. Dadurch sollen Eltern in der Frühphase der Elternschaft unterstützt werden. Es wird erwartet, dass es dann beiden Elternteilen auf Dauer besser gelingt, ihre wirtschaftliche Existenz zu sichern. Wenn Einkommensausfälle nach der Geburt eines Kindes reduziert werden – so die Argumentation der Bundesregierung – erhöht sich die Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf. Im politischen Diskurs stark mit der Reform verbunden ist die Erwartung, dass sich mehr Paare für Kinder entscheiden und damit die deutschen Geburtenraten steigen. Es wird außerdem davon ausgegangen, dass das Elterngeld kontinuierliche Erwerbsverläufe erleichtert und Mütter zu einem früheren Wiedereinstieg in den Beruf ermutigt. Damit diene es auch dem Ziel, die wirtschaftliche Selbständigkeit der Betreuenden und der gesamten Familie auf Dauer zu erhalten.¹

Wirkungen der bisherigen Elternzeitregelungen

Empirische Studien auf der Basis repräsentativer Daten haben gezeigt, dass die Ausdehnung des Erziehungsurlaubs (heute: Elternzeit) seit Mitte der 80er Jahre – angefangen von zehn Monaten im Jahr 1986 auf heute drei Jahre – dazu geführt hat, dass weniger Mütter nach dem Erziehungsurlaub wieder ihre aktive

Nr. 48/2006

73. Jahrgang/29. November 2006

Inhalt

Elterngeld: Kürzere Erwerbspausen von Müttern erwartet
Seite **689**

Italien: Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt wirtschaftliche Perspektiven
Seite **695**

¹ BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des Elterngelds, Gesetzentwurf der Bundesregierung, Kabinettsbeschluss vom 14. Juni 2006, Berlin.

Erwerbstätigkeit aufgenommen haben.² Ein solcher Zusammenhang konnte auch für Veränderungen bei entsprechenden familienpolitischen Maßnahmen in anderen Ländern gezeigt werden.³

Erwerbsunterbrechungen beeinflussen das Einkommen und damit die wirtschaftliche Selbstständigkeit des betreuenden Elternteils, in der Regel der Mütter, nicht nur kurzfristig sondern auch auf Dauer. Aus der empirischen Forschung ist bekannt, dass mit der Berufserfahrung eines Erwerbstätigen der Lohnsatz steigt. Erwerbsunterbrechungen führen dazu, dass die Berufserfahrung einer Person nicht in vollem Umfang lohnsteigernd wirken kann. Empirische Studien für Deutschland belegen, dass eine Erwerbsunterbrechung das Humankapital stark vermindert. Hinzu kommt, dass die Lohnreduktion nicht nur von der Dauer der Erwerbsunterbrechung, sondern auch von deren Zeitpunkt abhängt. Für Deutschland wurde dieser sogenannte „Timing effect“ geprüft. Es zeigt sich, dass die Lohnreduktion umso stärker ist, je später die Erwerbsunterbrechung erfolgt.⁴ Auch europäisch vergleichende Arbeiten haben gezeigt, dass die Lohnabschläge infolge einer Erwerbsunterbrechung in Ländern mit einem kurzen Erziehungsurlaub sehr gering ausfallen, während sie in Ländern mit einem längerem Erziehungsurlaub signifikant sind.⁵ Mit dem Elterngeld versucht der deutsche Gesetzgeber nun, Anreize für einen früheren Wiedereinstieg zu setzen.

Die Elterngeldreform im Detail

Das Elterngeld wird für Kinder, die ab dem 1. Januar 2007 geboren werden, das bisherige Erziehungsgeld ersetzen. Das Erziehungsgeld wurde für längstens zwei Jahre gewährt und betrug maximal 300 Euro pro Monat.⁶ Der Höchstbetrag wurde jedoch nur ausgezahlt, wenn das Haushaltsnettoeinkommen unter 30 000 Euro pro Jahr lag. Vom siebten Lebensmonat des Kindes an lag die Einkommensgrenze darunter: Ab einem jährlichen Haushaltseinkommen von 16 500 Euro pro Jahr wurde das Erziehungsgeld für jeden zusätzlichen Euro Verdienst im Monat um 63 Cent gekürzt.⁷

Im Gegensatz zum Erziehungsgeld, das als einkommensabhängige Transferleistung gestaltet war, ist das Elterngeld – ähnlich dem Arbeitslosengeld oder dem Krankengeld – als Einkommensersatzleistung konzipiert.⁸ Das bedeutet, dass demjenigen Elternteil, der seine Erwerbstätigkeit für die Kinderbetreuung teilweise oder ganz aufgibt, der dadurch entstandene Einkommensausfall zu einem großen Teil ersetzt wird. Damit ist das Elterngeld in gewissem Sinne eine Versicherungsleistung, die Eltern für den Fall absichert, dass sie aufgrund von Betreuungsleistungen nicht erwerbstätig sein können.

Konkret ersetzt das Elterngeld 67 % des im Jahr vor der Geburt des Kindes erzielten Nettoerwerbseinkommens, falls ein Elternteil seine Erwerbstätigkeit für die Betreuung seiner Kinder unterbricht.⁹ Das monatliche Elterngeld wird maximal 1 800 Euro und mindestens 300 Euro im Monat betragen. Mit diesem Mindestsatz wird gewährleistet, dass auch jene Elternteile eine Transferleistung erhalten, die vor der Geburt des Kindes nicht erwerbstätig waren. Für Bezieher niedriger Einkommen (Nettoerwerbseinkommen vor der Geburt geringer als 1 000 Euro monatlich), wird die Ersatzrate schrittweise auf bis zu 100 % angehoben.

Im Unterschied zum Erziehungsgeld wird das Elterngeld nur für maximal 14 Monate gewährt. Ein Elternteil kann maximal zwölf Monate Elterngeld beziehen, die zwei weiteren Monate stehen dem anderen Elternteil zu. Das Elterngeld wird bis zu einer Höhe von 300 Euro pro Monat nicht auf andere Transfers (z. B. Arbeitslosengeld II) angerechnet. Es ist eine steuerfreie Einnahme, unterliegt jedoch dem Progressionsvorbehalt.¹⁰

Empirische Analyse

Das DIW Berlin hat auf Basis eines Mikrosimulationsmodells geschätzt, welche Auswirkungen diese Reform auf die Erwerbstätigkeit von Eltern im ersten und zweiten Jahr nach der Geburt des jüngsten Kindes haben wird.¹¹ Dabei werden zunächst die

² Vgl. z. B. Ondrich, J., Spiess, C. K., Wagner, G. G., Yang, Q.: The Liberalization of Maternity Leave Policy and the Return to Work after Childbirth in Germany. *Review of Economics of the Household* 1, 2003, 77–110 und Ondrich, J., Spiess C. K., Yang, Q.: Barefoot and in a German Kitchen: Federal Parental Leave and Benefit Policy and the Return to Work after Childbirth in Germany. *Journal of Population Economics* 9, 1996, 247–266.

³ Für Österreich vgl. z. B. Lalive, R. Zweimüller, J.: Does Parental Leave Affect Fertility and Return-to-Work? Evidence from a „True Natural Experiment“, IZA Discussion Paper 1613, Bonn, 2005.

⁴ Vgl. z. B. Beblo, M., Wolf, E.: Die Folgekosten von Erwerbsunterbrechungen. Familienförderung – Hintergründe, Instrumente und Bewertungen aus ökonomischer Sicht. DIW Berlin, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 2002, 83–94.

⁵ Vgl. z. B. Ruhm, C.: The Economic Consequences of Parental Leave Mandates: Lessons from Europe. *The Quarterly Journal of Economics* 113, 1998, 285–317.

⁶ Alternativ dazu konnten sich berechnete Eltern das Erziehungsgeld im Rahmen der sogenannten „Budget-Variante“ ein Jahr lang in Höhe von 450 Euro pro Monat auszahlen lassen.

⁷ Für Alleinerziehende lagen die Einkommensgrenzen bei 23 000 Euro in den ersten sechs Monaten und 13 500 Euro ab dem siebten Lebensmonat des Kindes.

⁸ Vgl. BMFSFJ, a. a. O. und weitere aktuelle Hinweise auf dessen Homepage: www.bmfsfj.de.

⁹ Falls ein Elternteil die Erwerbstätigkeit nicht komplett unterbricht, sondern im Rahmen einer Teilzeitbeschäftigung einschränkt, wird nur das Einkommen ersetzt, das durch die Einschränkung der Erwerbstätigkeit wegfällt.

¹⁰ Das bedeutet, das Elterngeld zählt zwar nicht zu den steuerpflichtigen Einkünften, wird jedoch bei der Berechnung der Tarifbelastung berücksichtigt.

¹¹ Vgl. dazu im Detail Büchner, C., Haan, P., Schmitt, C., Spiess, C. K., Wrohlich, K.: Wirkungsstudie Elterngeld. DIW Berlin: Politikberatung kompakt Nr. 18, 2006 und Spiess, C. K., Wrohlich, K.: The Parental Leave Benefit Reform in Germany: Costs and Labor Market Outcomes of Moving towards the Scandinavian Model. DIW Berlin, Discussion Paper Nr. 630, 2006.

Tabelle 1

Auswirkungen der Elterngeldreform auf das Haushaltsnettoeinkommen

Durchschnittswerte in Euro pro Monat

	Haushaltsnettoeinkommen vor der Reform	Betrag des Elterngeldes	Einkommensänderung durch die Reform	Anteil der Familien, deren Einkommen durch die Reform steigt in %
Paare	3 182	464	246	73
Alleinerziehende	1 767	413	162	42
Familien nach Einkommensquartilen ¹				
1. Quartil	1 732	390	117	42
2. Quartil	2 479	402	124	64
3. Quartil	3 173	472	256	87
4. Quartil	4 799	571	455	88

¹ Familien mit mindestens einem Kind jünger als 12 Monate; monatliches Haushaltsnettoeinkommen im Jahr der Geburt des Kindes. Die Einkommensverteilung wird in vier gleich große Gruppen geteilt (Quartile). Das erste Einkommensquartil umfasst demnach Haushalte mit den untersten 25 % der Verteilung usw.

Quellen: SOEP, Wellen 2001–2003; STSM; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

direkten Einkommenseffekte der Reform mit einem empirischen Modell des Haushaltsarbeitsangebots verknüpft. Dazu wird das Steuer-Transfer-Simulationsmodell (STSM) des DIW Berlin verwendet, das neben einer detaillierten Abbildung des deutschen Steuer- und Transfersystems auch ein mikroökonomisch geschätztes Arbeitsangebotsmodell der privaten Haushalte in Deutschland enthält.¹² Die Datenbasis für die Berechnungen ist das Sozioökonomische Panel (SOEP).¹³

Änderungen im Haushaltseinkommen

Tabelle 1 verdeutlicht die Einkommensänderungen, die sich durch die Reform für Familien mit einem Kind im ersten Lebensjahr ergeben. Die erste Spalte zeigt das durchschnittliche Nettomonatseinkommen der jeweiligen Gruppe vor der Elterngeldreform. Die zweite Spalte zeigt die durchschnittliche Höhe des Elterngeldes für die jeweilige Gruppe.¹⁴ Im Durchschnitt erhalten Paare ein monatliches Elterngeld in Höhe von 464 Euro. Bei Alleinerziehenden beträgt die durchschnittliche Leistung aufgrund des geringeren Arbeitseinkommens dieser Gruppe lediglich 413 Euro pro Monat. Das Elterngeld steigt mit zunehmendem Einkommen: Haushalte im untersten Quartil der Einkommensverteilung erhalten mit 390 Euro durchschnittlich ein niedrigeres Elterngeld als Haushalte im obersten Quartil (durchschnittlich 571 Euro pro Monat). Die dritte Spalte in Tabelle 1 zeigt die durchschnittliche Veränderung im Haushaltsnettoeinkommen gegenüber der bisherigen Regelung (Erziehungsgeld). Auch Haushalte im unteren Bereich der Einkommensverteilung profitieren von der Reform (durchschnittlich 117 Euro im Monat im untersten Quartil), jedoch in geringerem Maße als gut verdienende Haushalte (durchschnittlich 455 Euro im obersten Quartil). Familien im oberen Bereich der Einkommensverteilung profitieren nicht nur absolut gesehen mehr

als Familien im unteren Bereich, sondern auch in Relation zu ihrem Haushaltseinkommen: Im obersten Quartil der Einkommensverteilung gewinnen die Haushalte im Durchschnitt 9 % an Einkommen dazu, im untersten Quartil sind es 6 %. Insgesamt haben nach der Reform 73 % aller Paare ein höheres Nettoeinkommen im ersten Jahr nach der Geburt ihres Kindes als vor der Reform. Bei den Alleinerziehenden sind es 42 %.¹⁵

Änderungen im Erwerbsverhalten

Auf Basis der berechneten Einkommensveränderungen, die sich durch die Reform ergeben, können die zu erwartenden Veränderungen im Erwerbsverhalten junger Eltern abgeschätzt werden. Die Schätzungen des DIW Berlin zeigen, dass sich das Erwerbsverhalten von Müttern und Vätern mit Kindern unter einem Jahr durch die Reform nicht signifikant verändern wird (Tabelle 2). Im zweiten Jahr nach der Geburt des Kindes steigt jedoch die Erwerbstätigkeit der Eltern, wobei die Veränderung bei den Müttern deutlich stärker ist als bei den Vätern. Im Durchschnitt steigt im zweiten Lebensjahr die Partizipationsquote der Mütter von durchschnitt-

¹² Eine ausführliche Darstellung des Mikrosimulationsmodells STSM findet sich in Steiner, V., Haan, P., Wrohlich, K.: Dokumentation des Steuer-Transfer-Mikrosimulationsmodells STSM 1999–2002. DIW Berlin Data Documentation Nr. 9, 2005.

¹³ Das SOEP ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung von erwachsenen Personen und privaten Haushalten, die jährlich bundesweit durchgeführt wird. Vgl. Schupp, J., Wagner, G. G.: Maintenance of and Innovation in Long-Term Panel Studies. The Case of the German Socio-Economic Panel (SOEP). Allgemeines Statistisches Archiv, Jg. 86, 2002, 163–175.

¹⁴ Für diese Simulationen wurde die Regelung, dass die Einkommensersatzrate für Bezieher niedriger Einkommen bis maximal 1 000 Euro ansteigen kann, nicht berücksichtigt. Die zwei zusätzlichen „Partnermonate“ als Bonus und die Möglichkeit, das Budget des Elterngeldes auf zwei Jahre zu dehnen, konnte ebenfalls nicht berücksichtigt werden. Für die Ergebnisse unserer empirischen Analysen dürfte dies von keiner signifikanten Bedeutung sein.

¹⁵ Die Haushalte, bei denen sich durch die Reform das Einkommen nicht verändert, sind in diesen Prozentsätzen nicht mit eingerechnet.

Tabelle 2

Veränderungen im Erwerbsverhalten von Eltern durch die Elterngeldreform

Durchschnittliche Arbeitszeit pro Woche in Stunden

	Mütter		Väter	
	Vor der Reform	Veränderung durch die Reform in %	Vor der Reform	Veränderung durch die Reform in %
Familien, deren jüngstes Kind jünger als 12 Monate ist 95 %-Konfidenzintervall	2,7	-2,7 (-7,9 – 2,5)	36,5	1,1 (0,4 – 1,8)
Familien, deren jüngstes Kind zwischen 12 und 24 Monaten ist 95 %-Konfidenzintervall	6,8	11,7 (5,7 – 17,7)	38,7	2 (1,1 – 2,9)

Partizipationsquote¹ in %

	Vor der Reform	Veränderung durch die Reform in Prozentpunkten	Vor der Reform	Veränderung durch die Reform in Prozentpunkten
Familien, deren jüngstes Kind jünger als 12 Monate ist 95 %-Konfidenzintervall	12	-0,3 (-0,9 – 0,4)	89	0,4 (0 – 0,7)
Familien, deren jüngstes Kind zwischen 12 und 24 Monaten ist 95 %-Konfidenzintervall	36	3,3 (1,8 – 4,7)	93	1 (0,5 – 1,5)

1 Die Partizipationsquote ist hier der Anteil der *erwerbstätigen* Mütter und Väter an der Gesamtheit aller Eltern in der jeweiligen Gruppe.

Quellen: SOEP, Wellen 2001 – 2003; STSM; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

lich 36 % auf knapp 40 % an. Die durchschnittliche Arbeitszeit von Müttern mit Kindern in dieser Altersgruppe steigt von 6,8 Stunden pro Woche um fast 12 %. Die Väter erhöhen ihre durchschnittliche Arbeitszeit um 2 % und die Partizipationsquote um einen Prozentpunkt. Dies ist vergleichsweise wenig, allerdings ist die Partizipationsquote der Männer ohnehin sehr viel höher.

Die höhere Erwerbsbeteiligung von Eltern im zweiten Lebensjahr des Kindes ist – vor dem Hintergrund der ökonomischen Arbeitsangebotstheorie – auf zwei Effekte zurückzuführen: Zum einen fällt für manche Familien, die ohne die Reform Erziehungsgeld bezogen hätten, nach 12 bzw. 14 Monaten Einkommen weg. Um den Verlust zu ersetzen, wird die Erwerbstätigkeit erhöht („Einkommenseffekt“). Dazu kommt der sogenannte „Substitutionseffekt“: Da das Haushaltseinkommen über 16 500 Euro pro Jahr auf das Erziehungsgeld angerechnet wurde, ergab sich unter der alten Regelung ein negativer Arbeitsanreiz für beide Elternteile. Einkommen über der Grenze wurde zu 63 % „besteuert“. Einen solchen negativen Arbeitsanreiz gibt es beim Elterngeld nicht.

Weitere Faktoren für den Erfolg der Elterngeldreform

Insgesamt kann festgehalten werden, dass die Elterngeldreform stärker als die bisherigen Regelungen des Bundeserziehungsgeldgesetzes Anreize für eine Rückkehr in den Arbeitsmarkt setzt. Dies trifft auf das zweite Lebensjahr des Kindes zu. Im Vergleich

zu den Arbeitsangebotseffekten anderer Reformmaßnahmen, wie der Einführung eines Familiensplittings oder der Absenkung der Elternbeiträge für die Betreuung in Kindertageseinrichtungen, handelt es sich dabei um relativ große Veränderungen im Arbeitsangebot.¹⁶ Lediglich ein Ausbau der Plätze für Kinder unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen geht mit einer Änderung im Arbeitsangebot von Müttern einher, die in ihrem Umfang in etwa denen des Elterngeldes entsprechen.¹⁷

Die vorliegenden Analysen der Änderungen im Arbeitsangebot von Eltern beziehen einen Ausbau der Kinderbetreuung allerdings nicht mit ein, sondern gehen von dem derzeitigen Versorgungsniveau aus. Wenn darüber hinaus die Betreuungssituation für Kinder unter drei Jahren verbessert wird, ist mit zusätzlichen positiven Arbeitsangebotseffekten zu rechnen. Grundsätzlich werden neben der Betreuung durch den Partner für Kinder in dieser Altersgruppe informelle Betreuungsformen z. B. durch die Großeltern und formelle Betreuungsformen, d. h. eine Betreuung in Kindertageseinrichtungen oder der Tagespflege, genutzt. Formelle Betreuungsangebote in Kindertageseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren sind in Westdeutschland nur in geringem Umfang vorhanden. Auf Ostdeutschland trifft dies nicht zu, hier ist von einer auch im europäischen Vergleich hohen Versorgungsquote auszugehen, die seit

16 Vgl. Steiner, V., Wrohlich, K.: Introducing Family Tax Splitting in Germany: How Would It Affect the Income Distribution and Work Incentives? DIW Berlin, Discussion Paper Nr. 612, 2006.

17 Wrohlich, K.: Labor Supply and Child Care Choices in a Rationed Child Care Market. DIW Berlin, Discussion Paper Nr. 570, 2006.

einigen Jahren nahezu konstant ist: Für 100 Kinder in der entsprechenden Altersgruppe stehen 37 Plätze zur Verfügung. Vor dem Hintergrund der geringen Versorgung in den westlichen Bundesländern hat der Bund bereits in der letzten Legislaturperiode mit dem Tagesbetreuungsbaugesetz (TAG) Maßnahmen zur Verbesserung der Betreuung der unter Dreijährigen ergriffen. Erste empirische Befunde geben Hinweise darauf, dass ein entsprechender Ausbau stattgefunden hat. So ist die Versorgungsquote mit Plätzen in Kindertageseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren von 4,2 % im Jahr 2002 auf 7,7 % im Jahr 2005/2006 gestiegen. Hinzu kommt ein Anstieg in der Versorgungsquote im Bereich der öffentlichen Tagespflege von 1,1 % im Jahr 1999 auf 2,0 % im Jahr 2005.¹⁸ Trotz dieser Ausweitung ist das Betreuungsangebot für unter Dreijährige nach Schätzungen des DIW Berlin allerdings noch nicht bedarfsdeckend.¹⁹ Der Erfolg der Elterngeldreform in Hinblick auf eine höhere Erwerbsbeteiligung von Müttern mit Kindern unter drei Jahren wird damit auch davon abhängen, wie der Ausbau der Betreuung voranschreitet.

Wenn die Betreuungssituation der unter Dreijährigen verbessert wird und Müttern ein früherer Erwerbseinstieg gelingt, wird dies langfristig auch

zu niedrigeren Lohnabschlägen durch Erwerbspausen führen. Allerdings muss bedacht werden, dass mögliche Anreize im Elterngeld über den „Timing Effekt“ auch zu einem höheren Lohnabschlag beitragen können. Sofern das Elterngeld dazu führt, dass Elternschaft auf einen Zeitpunkt verschoben wird, in dem bereits ein vergleichsweise hohes Einkommen erreicht ist, erfolgt bei sonst gleichen Bedingungen eine spätere Erwerbsunterbrechung. Wie oben bemerkt, führt eine spätere Unterbrechung zu höheren Lohnabschlägen als eine frühere Pause. Allerdings ist nicht davon auszugehen, dass dieser „Timing Effekt“ den Effekt hinsichtlich der kürzeren Dauer der Erwerbsunterbrechung kompensiert. Vielmehr ist längerfristig ein positiver Nettoeffekt zu erwarten, der dazu beitragen kann, dass sich insgesamt die Einkommen von Familienhaushalten erhöhen und insbesondere Frauen mit Kindern eine eigenständige Sicherung ihres Lebensstandards ermöglicht wird.

¹⁸ Bericht der Bundesregierung über den Stand des Ausbaus für ein bedarfsgerechtes Angebot an Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren 2006, Bundestagsdrucksache 16/2250.

¹⁹ Spiess, C. K., Wrohlich, K.: Wieviele Kinderbetreuungsplätze fehlen in Deutschland? Neue Bedarfsermittlung für Kinder unter 3 Jahren auf Basis von Mikrodaten. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 14/2005.

Italien: Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt wirtschaftliche Perspektiven

Die italienische Wirtschaft, die im Durchschnitt der letzten vier Jahre nahezu stagnierte, scheint sich gegenwärtig auf einem Erholungspfad zu befinden; zum ersten Mal seit dem Jahr 2001 dürfte das Wirtschaftswachstum 2006 und 2007 deutlich über der Ein-Prozent-Rate liegen. Dazu haben die gute weltwirtschaftliche Entwicklung und die erst mit Verzögerung eingetretenen Wirkungen der bis 2005 expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) erheblich beigetragen. Die gegenwärtige konjunkturelle Belebung ist allerdings sehr labil. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit Italiens hat sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert – vor allem als Folge überhöhter Lohnsteigerungen. Für eine nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes sind tief greifende Reformen notwendig. Dabei geht es unter anderem um die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und um die Umschichtung der staatlichen Ausgaben zugunsten von Bildung und Forschung.

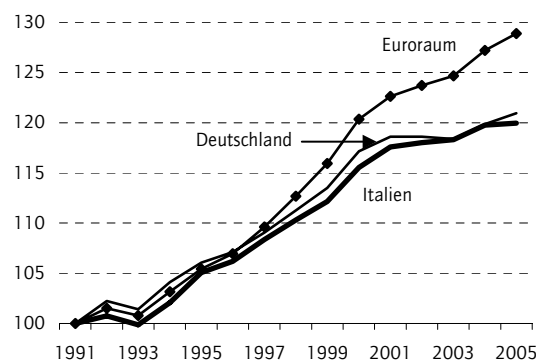
Joachim Volz
jvolz@diw.de

Ohne Zweifel gehörten Italien und Deutschland in den vergangenen zehn Jahren zu den „Bremsern“ der europäischen Konjunktur. Das reale Bruttoinlandsprodukt wuchs in beiden Ländern deutlich schwächer als im Euroraum insgesamt (Abbildung 1). Hinter dem weitgehenden Gleichlauf bei der gesamtwirtschaftlichen Leistung stehen indes sehr unterschiedliche Entwicklungen innerhalb der beiden Länder. Während Deutschland seine außenwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit weiter ausgebaut hat, stimulierte Italien eher die Binnennachfrage, ohne dass dies durch einen entsprechenden Produktivitätsanstieg gedeckt war. Zwar gibt es Indikatoren, die darauf hindeuten, dass die Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Italiens nicht ganz so ausgeprägt ist, wie aufgrund der statistischen Daten zu vermuten wäre. Dennoch ist der wirtschaftspolitische Handlungsbedarf groß.

In den 90er Jahren ist es Italien trotz zunächst sehr hoher Fehlbeträge in den öffentlichen Haushalten mit einer stren-

Abbildung 1

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts in Italien, Deutschland und dem Euroraum 1991 = 100



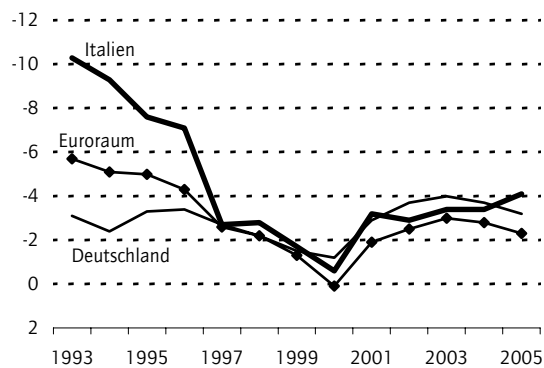
Quellen: Europäische Kommission;
OECD; Statistisches Bundesamt;
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Abbildung 2

Entwicklung des Finanzierungssaldos der öffentlichen Haushalte in Italien, Deutschland und dem Euroraum

In % des nominalen BIP



Quellen: Europäische Kommission;
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

gen Konsolidierungspolitik gelungen, die Maastricht-Kriterien zu erfüllen und Mitglied der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU) zu werden (Abbildung 2). Nach der kräftigen Abwertung im Jahre 1992 stiegen die Exporte spürbar; die sehr restriktive Finanzpolitik und zunächst auch noch die Geldpolitik schwächten allerdings das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung; die Arbeitslosenquote stieg Mitte der 90er Jahre auf deutlich über 11 %. Ende der 90er Jahre verbesserte sich die wirtschaftliche Situation. Bereits 1994 wurde die Geldpolitik gelockert, und die Zinsen sanken in Erwartung des Beitritts zur Eurozone stark; hinzu kamen ein nachlassender finanzpolitischer Konsolidierungsdruck sowie ein europaweiter konjunktureller Aufschwung. Der Anstieg der Verbraucherpreise und der Lohnstückkosten verlangsamte sich von 1997 an erheblich, nicht zuletzt infolge der Abschaffung der „scala mobile“ – der indexgebundenen automatischen Lohnsteigerungen. Gleichwohl gingen die realen Zinsen mehrere Jahre zurück und liegen seit 2002 in der Nähe von Null. Sie waren damit etwas niedriger als in Deutschland und der EWU insgesamt, aber höher als in Ländern mit stärkerer Inflation wie Spanien (Abbildung 3). Im Gefolge der weltweiten Konjunkturabschwächung im Jahr 2001 setzte sich die Expansion nicht fort, sondern mündete in eine Phase der annähernden Stagnation (Tabelle); die gegenwärtige schwache Konjunkturbelebung ist sehr labil.

Erlahmter Konsolidierungs- und Stabilisierungsschwung

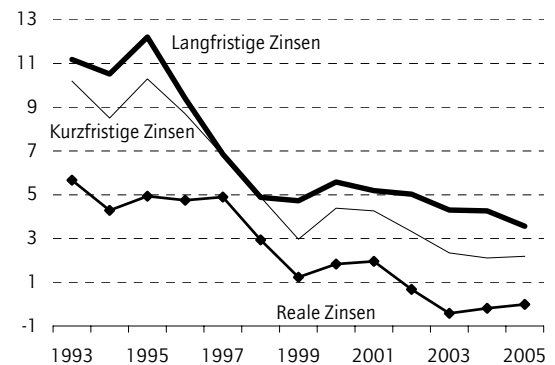
Die Konsolidierungserfolge der italienischen Finanzpolitik nach der Abwertung von 1992 waren be-

Abbildung 3

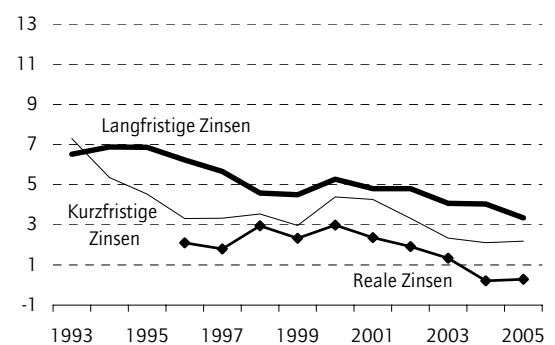
Kurz- und langfristige Zinsen in Italien, Deutschland und dem Euroraum

In %

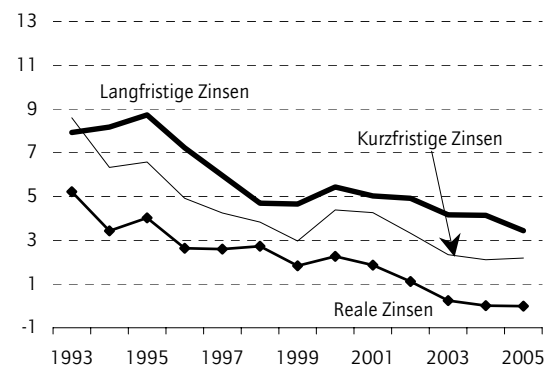
Italien



Deutschland



Euroraum



Quelle: OECD.

DIW Berlin 2006

eindruckend: Lag die Defizitquote der öffentlichen Haushalte zu Beginn der 90er Jahre noch bei rund 12%, so betrug das Defizit 1997 nur noch 2,7%. Damit schnitt Italien ebenso gut wie Deutschland und sogar besser als Frankreich und Spanien ab. Im Vorfeld der Mitgliedschaft in der EWU und in den ersten Jahren der Teilnahme konnte zudem bei sinkendem Zinsniveau der auf die hohe Staatsschuld zu leistende Schuldendienst erheblich reduziert werden. Der Anteil der staatlichen Zinszahlungen am Bruttoinlandsprodukt sank von 1993 bis 2004 von

Tabelle

Entwicklung wirtschaftlicher Indikatoren in Italien, Deutschland und dem Euroraum

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Italien														
Bruttoinlandsprodukt, real	-0,9	2,2	2,8	0,7	1,9	1,4	1,9	3,6	1,8	0,3	0,0	1,1	0,0	1,7
Inlandsnachfrage	-5,2	1,6	1,9	0,4	3,0	3,3	3,2	2,8	1,6	1,3	0,9	1,0	0,3	1,4
Privater Konsum	-3,1	1,5	1,5	0,9	3,2	3,4	2,6	2,4	0,7	0,2	1,0	0,6	0,1	1,6
Staatskonsum	-1,5	-1,7	-3,3	0,4	0,1	0,4	1,3	2,3	3,6	2,1	2,0	0,5	1,2	0,7
Anlageinvestitionen	-11,5	0,4	6,9	1,8	1,6	4,3	3,6	6,4	2,5	4,0	-1,7	2,2	-0,6	3,3
Exporte	8,7	9,6	12,4	0,1	3,6	1,1	-1,7	9,0	0,5	-4,0	-2,4	3,0	0,3	5,9
Importe	-11,6	7,8	9,3	-1,3	8,7	8,6	3,1	5,8	-0,2	-0,5	0,8	2,5	1,4	4,6
Erwerbstätige im Inland	-2,5	-1,6	-0,2	0,6	0,3	1,0	1,1	1,9	2,0	1,7	1,5	0,3	0,2	1,7
Lohnstückkosten	2,7	-0,4	1,2	6,1	2,6	-2,0	1,8	0,7	3,4	4,1	5,2	2,8	3,1	2,7
Arbeitsvolumen	-4,0	-2,6	-0,1	0,6	0,4	1,3	1,1	1,6	1,3	1,3	0,5	1,1	0,1	-
Standardisierte Arbeitslosenquote in %	9,8	10,6	11,2	11,2	11,2	11,3	11,0	10,1	9,1	8,6	8,4	8,0	7,7	7,4
Verbraucherpreise ¹	4,5	4,2	5,4	4,0	1,9	2,0	1,7	2,6	2,3	2,6	2,8	2,3	2,2	2,3
Leistungsbilanzsaldo in % des nominalen BIP	0,8	1,2	2,2	3,1	2,8	1,9	0,7	-0,5	-0,1	-0,8	-1,3	-0,9	-1,6	-1,7
Bruttoschuldenstand in % des nominalen BIP	118,7	124,8	124,3	123,1	120,5	116,7	115,5	111,2	110,9	105,6	104,3	103,9	106,6	107,5
Finanzierungssaldo in % des nominalen BIP	-10,0	-9,1	-7,4	-7,0	-2,7	-2,8	-1,7	-0,8	-3,1	-2,9	-3,4	-3,4	-4,1	-4,8
Deutschland														
Bruttoinlandsprodukt, real	-0,8	2,7	1,9	1,0	1,8	2,0	2,0	3,2	1,2	0,0	-0,2	1,2	0,9	2,3
Inlandsnachfrage	-0,8	2,7	1,9	0,4	0,9	2,4	2,7	2,2	-0,5	-2,0	0,6	0,0	0,5	1,7
Privater Konsum	0,8	2,0	2,2	1,3	0,8	1,5	3,0	2,4	1,9	-0,8	-0,1	0,1	0,1	0,9
Staatskonsum	0,1	2,7	1,9	2,1	0,5	1,8	1,1	1,4	0,5	1,5	0,4	-1,3	0,6	1,2
Anlageinvestitionen	-4,3	4,3	-0,2	-0,5	1,0	4,0	4,7	3,0	-3,7	-6,1	-0,8	-0,4	0,8	3,9
Exporte	-4,9	8,0	6,3	6,1	11,7	8,0	5,9	13,5	6,4	4,3	2,4	9,6	6,9	10,0
Importe	-4,7	8,3	6,5	3,5	8,2	9,5	8,6	10,2	1,2	-1,4	5,4	6,9	6,5	9,7
Erwerbstätige im Inland	-1,3	-0,1	0,2	-0,3	-0,1	1,2	1,4	1,9	0,4	-0,6	-1,0	0,4	-0,1	0,5
Lohnstückkosten	3,5	0,2	1,9	-0,0	-1,1	0,1	0,4	0,6	0,8	0,8	0,8	-0,4	-1,1	-1,5
Arbeitsvolumen	-2,4	-0,3	-0,7	-1,3	-0,7	0,8	0,6	0,6	-0,6	-1,4	-1,4	0,6	-0,4	0,3
Standardisierte Arbeitslosenquote in %	7,7	8,3	8,0	8,6	9,2	8,8	7,9	7,2	7,4	8,2	9,1	9,5	9,5	8,2
Verbraucherpreise ¹	-	-	-	1,2	1,5	0,6	0,6	1,4	1,9	1,4	1,0	1,8	1,9	1,8
Leistungsbilanzsaldo in % des nominalen BIP	-0,9	-1,4	-1,2	-0,6	-0,5	-0,7	-1,3	-1,7	0,0	2,0	1,9	3,7	4,1	4,1
Bruttoschuldenstand in % des nominalen BIP	46,9	49,3	57,0	59,8	61,0	60,9	61,2	60,2	59,6	60,3	63,9	65,7	67,9	67,8
Finanzierungssaldo in % des nominalen BIP	-3,0	-2,3	-3,2	-3,3	-2,6	-2,2	-1,5	-1,2	-2,8	-3,7	-4,0	-3,7	-3,2	-2,4
Euroraum														
Bruttoinlandsprodukt, real	-0,8	2,5	2,5	1,5	2,5	2,8	3,0	3,9	1,9	0,9	0,8	1,9	1,4	2,6
Inlandsnachfrage	-2,1	2,3	2,5	1,1	2,0	3,6	3,6	3,4	1,2	0,4	1,5	1,8	1,7	2,3
Privater Konsum	-0,7	1,7	2,1	1,8	1,7	3,1	3,4	3,1	2,0	0,8	1,2	1,5	1,3	1,8
Staatskonsum	1,4	1,3	1,1	1,6	1,1	1,2	1,9	2,3	2,0	2,4	1,8	1,2	1,4	1,9
Anlageinvestitionen	-6,0	2,5	2,1	1,5	2,8	6,0	6,2	5,0	0,5	-1,5	1,0	2,1	2,6	4,3
Exporte	0,9	9,2	7,1	4,6	10,5	7,2	5,6	12,2	3,7	1,7	1,1	6,8	4,2	8,5
Importe	-4,0	8,8	7,8	3,6	9,1	10,3	7,7	11,0	1,8	0,3	3,1	6,7	5,3	8,0
Erwerbstätige im Inland	-1,7	-0,3	0,7	0,6	0,9	1,9	2,0	2,5	1,6	0,7	0,5	0,9	1,0	1,6
Lohnstückkosten	3,7	0,5	1,8	2,0	0,7	0,8	1,4	1,2	2,4	2,4	2,2	1,1	1,4	-
Standardisierte Arbeitslosenquote in %	10,1	10,7	10,5	10,7	10,6	10,1	9,2	8,2	7,9	8,3	8,7	8,9	8,6	7,8
Verbraucherpreise ¹	3,4	2,9	2,6	2,3	1,7	1,2	1,1	2,1	2,4	2,3	2,1	2,1	2,2	2,2
Leistungsbilanzsaldo in % des nominalen BIP	-	-	-	-	0,9	0,3	-0,5	-1,2	-0,1	0,7	0,4	0,8	-0,3	-0,6
Bruttoschuldenstand in % des nominalen BIP	66,2	68,9	73,6	75,2	74,9	74,2	72,7	70,4	69,3	68,2	69,3	69,8	70,8	71,0
Finanzierungssaldo in % des nominalen BIP	-5,7	-5,1	-5,0	-4,2	-2,6	-2,2	-1,3	0,0	-1,8	-2,5	-3,1	-2,8	-2,4	-2,2

¹ Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI).

Quellen: OECD; Europäische Kommission; Eurostat; Statistisches Bundesamt; EZB; Berechnungen des DIW Berlin; 2006: Schätzungen der Europäischen Kommission und der GD Herbst 2006.

DIW Berlin 2006

13 % auf 5 %. Italien war aus dieser Sicht der größte Gewinner der Teilnahme an der Europäischen Währungsunion.

In den vergangenen fünf Jahren ist die Defizitquote in Italien – ähnlich wie in Deutschland – wieder erheblich gestiegen. Das Konvergenzkriterium wird – mit Finanzierungsdefiziten von zuletzt über 4 % – deutlich verletzt; erst für 2007 ist eine Besserung

in Sicht. Zwar hat auch Deutschland das Defizitkriterium mehrere Jahre verfehlt, jedoch wurden hier sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite zügiger Reformen eingeleitet, die allmählich zu greifen beginnen. In Italien dagegen war die zu Beginn dieses Jahrzehnts noch etwas bessere Situation als in Deutschland weitgehend von kurzfristig wirkenden Maßnahmen geprägt. So wurden durch die Veräußerung öffentlichen Vermögens und

von Staatsbetrieben sowie durch eine Sonderabgabe im Zusammenhang mit einer umfangreichen Steueramnestie im Wesentlichen einmalige Einnahmen erzielt. Im Haushaltsentwurf für 2007 ist zwar auch eine Einnahmenerhöhung durch eine Anhebung der Einkommensteuer auf die mittleren und höheren Einkommen vorgesehen. Grundsätzlich ist aber eine Verringerung des Finanzierungsdefizits wie auch der öffentlichen Verschuldung von der Einnahmenseite her schwieriger geworden, zumal die Möglichkeiten einer effizienteren Steuererfassung (auch mithilfe der Abschaffung zahlreicher Ausnahmetatbestände) bereits weitgehend ausgeschöpft sind. Bei ähnlich schwachem Wachstum wie in Deutschland ist damit die Ausgangsposition für eine Wachstumsstimulierung durch die Steuerpolitik – etwa durch die schon lange versprochene Reduzierung der Unternehmensteuersätze – ungünstig.

Eine stärkere Konsolidierung über die Ausgabenentwicklung stößt auf erhebliche Widerstände.¹ Der Erfolg einer solchen Politik wäre auch unsicher wegen der konjunkturell restriktiven Wirkungen. Um das langfristige Wachstum zu fördern, wäre aber zumindest eine Umschichtung zugunsten von Bildungs- und Forschungsausgaben sinnvoll. Deren Anteil ist in Italien auch im Vergleich zu Deutschland niedrig.

Bis Mitte der 90er Jahre wies die italienische Wirtschaft vergleichsweise hohe Inflationsraten auf. Erst im Zuge der wirtschaftspolitischen Restriktionen und der Abschaffung der „scala mobile“ kam es ab 1997 zu einer spürbaren Reduzierung des Preisanstiegs – zunächst auf Raten um 2 %, später auf rund 2,5 %. Auch damit war die Inflation aber nicht nur deutlich höher als in Deutschland; sie lag bis 2004 auch über dem Durchschnitt der EWU.

Insgesamt zeigen sich zwar sowohl bei der finanzpolitischen Konsolidierung als auch bei der Inflationsentwicklung gegenüber dem Beginn des letzten Jahrzehnts erhebliche Fortschritte, deren Nachhaltigkeit erscheint aber noch nicht gesichert. Gleichzeitig verlor in den letzten Jahren eine der Antriebsfedern der italienischen Konjunktur, der kräftige Anstieg der Anlageinvestitionen, an Kraft. Zu der ausgeprägten Schwäche der Auslandsnachfrage und der erheblichen Verschlechterung der Leistungsbilanz gesellte sich eine fast ebenso schwache Entwicklung des privaten Konsums wie in Deutschland (Abbildung 4).

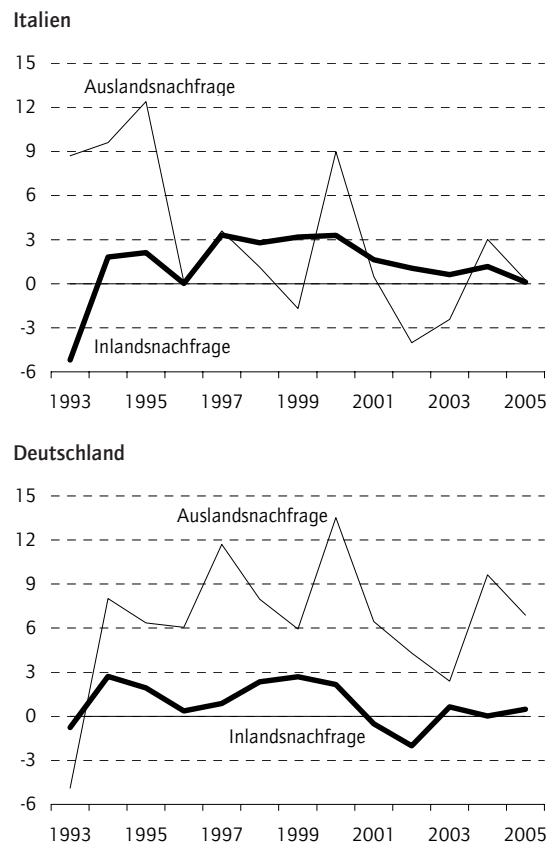
Andauernder Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit

Da die italienische Finanzpolitik in den nächsten Jahren auf Restriktionskurs bleiben muss und von

Abbildung 4

Inlands- und Auslandsnachfrage in Italien und Deutschland

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %



Quellen: Europäische Kommission;
OECD; Statistisches Bundesamt;
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

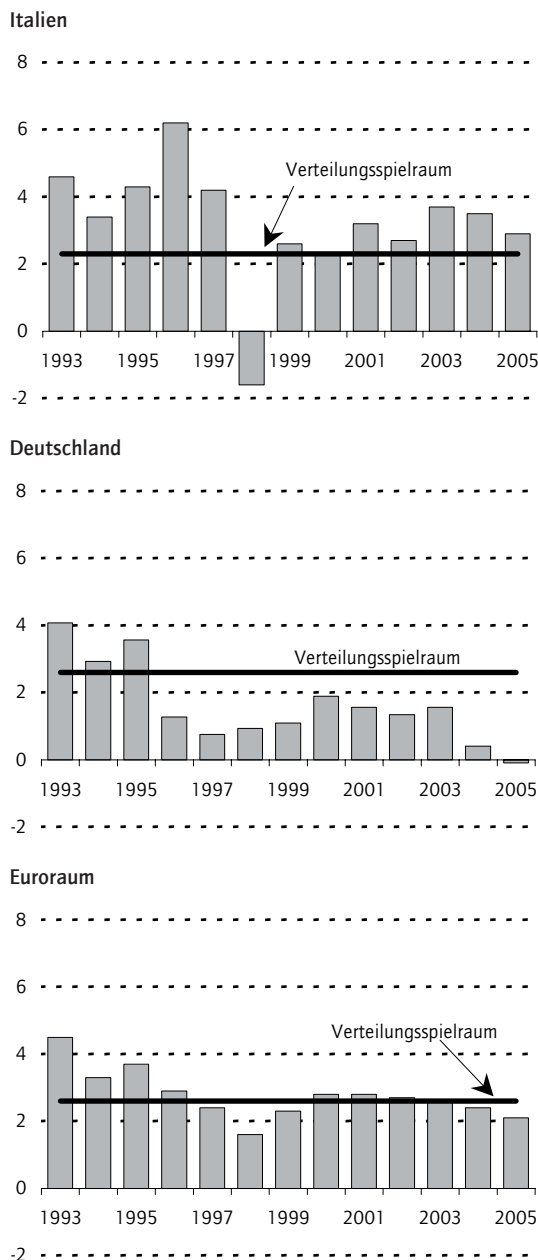
der Geldpolitik der EZB kaum expansive Impulse zu erwarten sind, könnte sich eine neue wirtschaftliche Dynamik in Italien nur aus einer Expansion der außenwirtschaftlichen Nachfrage entwickeln. Es häufen sich aber gerade die Anzeichen für eine mangelnde und weiter abnehmende internationale Wettbewerbsfähigkeit Italiens. Lag die Inflationsrate in den letzten Jahren nur noch etwas höher als im Euroraum insgesamt, so stiegen die Lohnstückkosten, deren Entwicklung die Veränderung der Wettbewerbsfähigkeit sehr viel adäquater als die der Löhne und Preise widerspiegelt, etwa doppelt so schnell wie im Euroraum (Tabelle). Der kostenneutrale Verteilungsspielraum, der sich aus der als tolerabel erachteten Inflationsrate (1,5 %) und der Produktivitätsentwicklung ableiten lässt, wird in

¹ Zwar hat die Regierung Prodi verkündet, die Defizitquote bis zum nächsten Jahr auf 2,8 % zu senken und bis zum Jahr 2011 ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren, jedoch sind diese Ziele wenig realistisch. So hat der linke Flügel der Koalitionsregierung gefordert, die geplanten Einsparungen bei den Ausgaben deutlich zu verringern. Vgl. Italiens Linke hält Prodi vom Sparen ab. FTD vom 1.9.2006, 15.

Abbildung 5

Verteilungsspielraum¹ in Italien, Deutschland und dem Euroraum

Veränderungen der Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Jahresdurchschnittliches Produktivitätswachstum von 1993 bis 2005 (Italien 0,8 %; Deutschland und Euroraum jeweils 1,1 %) zuzüglich einer Inflationsrate von 1,5 %.

Quellen: Europäische Kommission; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Italien durch die Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte deutlich überschritten. In Deutschland wird der Spielraum dagegen bei Weitem nicht ausgeschöpft. Im Euroraum insgesamt wurde er grosso modo angemessen genutzt (Abbildung 5). Selbst in der ersten Hälfte der 90er Jahre, als es auch in Deutschland vereinigungsbedingt zu kräftigen Übersteigerungen

kam, war die Lohndynamik in Italien noch höher, so dass die abwertungsbedingten Wettbewerbsvorteile größtenteils rasch wieder verloren gingen, ein Trend, der sich in den Jahren nach 1998 fortsetzte.

Die vergleichsweise schlechte Produktivitätsentwicklung in Italien ist allerdings teilweise auf einen statistischen Effekt zurückzuführen. Zu Beginn dieses Jahrzehnts kam es in Italien zu einer umfangreichen „Regularisierung“ von Beschäftigungsverhältnissen, die zuvor nicht in den Statistiken erfasst waren. Dadurch verminderte sich die Zahl der Scheinarbeitslosen und die Zahl der Beschäftigten stieg entsprechend. Insofern war zuvor auch die Produktivität zu hoch ausgewiesen worden. Die tatsächliche Produktivitätsentwicklung und damit auch der Verteilungsspielraum werden daher etwas unterschätzt.² Indes ändert dies nichts Wesentliches an dem Befund, dass die Lohnerhöhungen in Italien deutlich über den Verteilungsspielraum hinausgingen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Landes geschwächt wurde.

Für eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit ist nicht nur an eine restriktivere Lohnpolitik zu denken. Erforderlich sind auch Reformen der Wirtschaftsstruktur und der Arbeitsmärkte, die inzwischen auch in anderen Ländern wie Deutschland flexibler geworden sind.³ Bereits unter der letzten italienischen Regierung wurden der bis dahin sehr rigide Kündigungsschutz für Unternehmen mit einem Personalbestand von über fünfzehn Arbeitnehmern gelockert, eine private Arbeitsvermittlung zugelassen sowie eine Ausbildungs- und Umschulungspflicht für Arbeitslose bei gleichzeitiger Verlängerung des Bezuges von Arbeitslosenversicherungsleistungen eingeführt. Tendenziell wird damit auch ein höheres Wachstumspotential geschaffen.

Schließlich wird immer wieder die Ineffizienz vieler Bereiche des Dienstleistungssektors, insbesondere des italienischen Banken- und Finanzsystems wie von Teilen der auch für große Unternehmen im Transport- und Energiebereich zuständigen Verwaltung, beklagt – alles Faktoren, die das gesamtwirtschaftliche Produktivitätsniveau beeinträchtigen. Bei alledem ist der Anteil der Erwerbstätigen und insbesondere der Frauen und Älteren an der Erwerbsbevölkerung im europäischen Vergleich sehr niedrig. Für eine stärkere Teilnahme etwa der Frauen am Erwerbsleben müssten sich allerdings

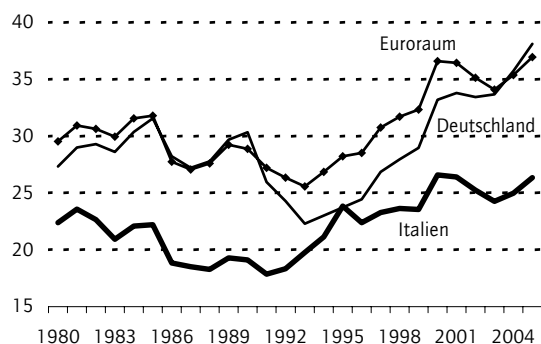
² Da die „Regularisierung“ von Beschäftigungsverhältnissen überwiegend den Dienstleistungsbereich betraf, ist allerdings die für die Industrie ausgewiesene Produktivitätsentwicklung statistisch nur wenig verzerrt.

³ In einem Ranking des World Economic Forum zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit, in dem auch die Regulierung der Arbeitsmärkte eine wichtige Rolle spielt, lag Deutschland an 8. Stelle, Italien erst an der 42. Stelle. Vgl. Mitten im Reformstau. Handelsblatt vom 27.9.2006.

Abbildung 6

Offenheit¹ der Wirtschaft Italiens, Deutschlands und des Euroraums

In %



¹ Durchschnitt aus Import- und Exportquote.

Quellen: Europäische Kommission;
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

auch klassische Verhaltensmuster in den Familien, die gerade in Süditalien noch sehr ausgeprägt sind, ändern.

Hinsichtlich der möglichen Gründe für eine mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit Italiens wird neuerdings manchmal auf den geringeren „Offenheitsgrad“ der italienischen Wirtschaft im Kontrast etwa zur deutschen Wirtschaft hingewiesen. Der Offenheitsgrad der jeweiligen Volkswirtschaft wird dabei üblicherweise als Durchschnitt der Import- und Exportanteile am Bruttoinlandsprodukt definiert. Danach ist ein Land um so mehr dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt und steht etwa im Hinblick auf seine Arbeitskosten um so mehr unter Druck, je offener seine Wirtschaft ist, je stärker es also in den internationalen Güter- und Dienstleistungsaustausch eingebunden ist.⁴ In längerfristiger Betrachtung ist der Offenheitsgrad der italienischen Volkswirtschaft um knapp zehn Prozentpunkte geringer als derjenige der deutschen Wirtschaft. Bei diesem Vergleich ist zu beachten, dass es in Deutschland im Gefolge der deutschen Vereinigung zwischenzeitlich zu einem kräftigen Rückgang des Offenheitsgrades kam. Allerdings ist die Aussagekraft dieses Maßes für die Performance

einer Volkswirtschaft durchaus zweifelhaft. So fehlt der empirische Nachweis dafür, dass eine offenere Wirtschaft „naturgemäß“ schneller wachse als eine Wirtschaft mit geringem Offenheitsgrad. Weder die langfristige Entwicklung Italiens gegenüber Deutschland noch beispielsweise die Deutschlands gegenüber den USA, einem Land mit relativ geringem Offenheitsgrad, können diese These bestätigen. Auch ein Vergleich mit Frankreich und anderen europäischen Ländern zeigt, dass die Entwicklung in Italien nicht ungewöhnlich war.

Fazit

In längerfristiger Betrachtung ist das italienische Wachstumspotential durchaus nicht geringer als das deutsche. Insgesamt hat die italienische Wirtschaft aber gegenwärtig mit einer Reihe von Problemen zu kämpfen, für die es weder eine einfache noch eine kurzfristige Lösung gibt. Das relativ gute konjunkturelle Umfeld im europäischen Raum kann hierbei zwar hilfreich sein, aber allenfalls einen leichten Zeitgewinn bieten. Vor allem kommt es darauf an, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der italienischen Wirtschaft zu verbessern. So müssen die staatlichen Ausgaben zugunsten des Bildungs- und Forschungsbereichs umgeschichtet werden. Ferner sollten Investitionen im öffentlichen Sektor wie auch im privaten Unternehmensbereich dazu beitragen, Energie einzusparen bzw. effizienter einzusetzen und damit auch die Leistungsbilanz auf der Einfuhrseite zu entlasten. Ein Augenmerk sollte auch auf die Stärkung der Produktivität gelegt werden. Flexiblere Arbeitsmärkte könnten dazu beitragen, beispielsweise eine Reduzierung des zum Teil strengen Kündigungsschutzes. Bürokratieabbau und qualifizierende Maßnahmen sollten dies flankieren. Eine besondere Bedeutung kommt der Entwicklung der zukunfts- und exportträchtigen Bereiche der Hochtechnologie zu, in denen offenbar die Wettbewerbsfähigkeit nicht ausreichend entwickelt ist.⁵

⁴ Vgl. etwa Gros, D.: Italy and Germany – Convergence or Divergence for the Euro Laggards? Noch unveröffentlichtes Manuskript, CEPS, Juli 2006.

⁵ Vgl. etwa OECD Economic Survey Italy 2003, 40 und 198.

Nachrichten aus dem DIW

Pressemitteilung des DIW Berlin vom 22.11.2006

Schlagzeile

Kräftiges Wachstum im produzierenden Gewerbe

Zusammenfassung

Das produzierende Gewerbe wird im laufenden Jahr um 4,7 % und im kommenden Jahr um etwa 2,1 % wachsen. Dies ist das Ergebnis der Industrietagung des DIW Berlin, an der rund 50 Experten aus Verbänden, Unternehmen und der Politik am 20. und 21. November in Berlin teilnahmen.

Details

Das laufende Jahr werden fast alle Branchen mit einer positiven Wachstumsrate abschließen. Ihr Produktionswachstum nährt sich aus einer kräftigen Auslands- und Inlandsnachfrage. In einigen Branchen wie z. B. dem Maschinenbau, den Eisen-, Stahl- und Tempergießereien oder der Stahl- und Metallverarbeitung wird inzwischen wieder sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufgebaut. Auch für das kommende Jahr sind die Erwartungen positiv, auch wenn eine deutliche Abschwächung des Wachstums erwartet wird.

Kontakt

Pressestelle und -anfragen:

Renate Bogdanovic

Telefon + 49 – 30 – 897 89-249

Telefax + 49 – 30 – 897 89-119

presse@diw.de

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sven Husmann and Andreas Stephan

On Estimating an Asset's Implicit Beta

Siegel (1995) has developed a technique with which the systematic risk of a security (beta) can be estimated without recourse to historical capital market data. Instead, beta is estimated implicitly from the current market prices of exchange options that enable the exchange of a security against shares on the market index. Because this type of exchange options is not currently traded on the capital markets, Siegel's technique cannot yet be used in practice. This article will show that beta can also be estimated implicitly from the current market prices of plain vanilla options, based on the Capital Asset Pricing Model. We provide empirical evidence on implicit betas using prices of exchange options from the EUREX over years 2000 to 2004.

Discussion Paper No. 640

November 2006

Peter Haan and Viktor Steiner

Making Work Pay for the Elderly Unemployed: Evaluating Alternative Policy Reforms for Germany

We evaluate three policy reforms targeted at older unemployed people: (i) an hourly wage subsidy, (ii) an in-work credit, and (iii) a subsidy of social security contributions on low wages. The work incentive, labour supply and welfare effects of these hypothetical reforms are analysed on the basis of a detailed micro-simulation model for Germany which includes a structural household labour supply model. We find that the simulated labour supply effects of the three policy reforms would be rather similar and of moderate size, ranging between 20,000 and 30,000 older women and between 10,000 and 20,000 older men. Our results also suggest that the hourly wage subsidy yields the highest welfare gains.

Discussion Paper No. 641

November 2006

Robert P. Gilles and Sudipta Sarangi

Building Social Networks

We examine the process of building social relationships as a non-cooperative game that requires mutual consent and involves reaching out to others at a cost. Players create their social network from amongst their set of acquaintances. Having acquaintances allows players to form naive beliefs about the feasibility of building direct relationships with their acquaintances. These myopic beliefs describe how the other players are expected to respond to the initiation of a link by a player. We introduce a stability concept called "monadic stability" where agents play a best response to their formed myopic beliefs such that these beliefs are self-confirming. The resulting equilibrium networks form subset of the set of pairwise stable networks.

Discussion Paper No. 642

November 2006

Amelie Constant, Liliya Gataullina and Klaus F. Zimmermann

Gender, Ethnic Identity and Work

The European Union's strategy to raise employment is confronted with very low work participation among many minority ethnic groups, in particular among immigrants. This study examines the potential of immigrants' identification with the home and host country ethnicity to explain that deficit. It introduces a two-dimensional understanding of ethnic identity, as a combination of commitments to the home and host cultures and societies, and links it to the labour market participation of immigrants. Using unique German survey data, the paper identifies marked gender differences in the effects of ethnic identification on the probability to work controlling for a number of other determinants. While ethnically assimilated immigrant men outperform those who are ethnically separated and marginalized, they are not different from those with openness to both cultures. Assimilated immigrant women do better than those separated and marginalized, but those who develop an attachment to both cultures clearly fare the best.

Discussion Paper No. 643

November 2006

Oleg Badunenko, Bogdana Grechanyuk and Oleksandr Talavera

Development under Regulation: The Way of the Ukrainian Insurance Market

This study is intended to assess the introduction of increased capitalization requirements for Ukrainian insurance firms. To do so, we employ up-to-date frontier efficiency analysis. The analysis suggests that an increase in size occurs not only because of the regulator's requirements, but also because all scale inefficient firms have been persistently operating under increasing returns to scale. Additionally, we show that the Ukrainian insurance industry experiences significant increases in technical efficiency. Our analysis identifies winners and losers among small, medium and large companies. The findings are consistent with the hypothesis that regulation forces firms to concentrate on efficiency.

Discussion Paper No. 644

November 2006

Volodymyr Bilotkach, Yuriy Gorodnichenko, Oleksandr Talavera and Igor Zubenko

Are Airlines' Price-Setting Strategies Different?

Using a sample of fare quotes for non-stop travel from New York to London, this paper investigates the dynamics of offered fares as the departure date nears. We find that the general trend is toward fare increase at an accelerated rate as the departure date approaches. Clear differences in price-setting strategies among the carriers competing on a particular route are documented.

Discussion Paper No. 645

November 2006

Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen als PDF-Dateien vor und können von den entsprechenden Webseiten des DIW Berlin heruntergeladen werden (<http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/index.html>).

The full text versions of the Discussion Papers are available in PDF format and can be downloaded from the DIW Berlin website (<http://www.diw.de/english/produkte/publikationen/index.html>).

Veranstaltungen des DIW Berlin/DIW Berlin Events

DIW Berlin Summit

5. und 6. Dezember

Auf dem DIW Berlin Summit 2006 „Innovation“ treffen sich Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Forschung, um die Bedeutung von Innovationen für den Wirtschaftsstandort Deutschland zu beleuchten. Veranstalter ist das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), die Konferenzorganisation übernimmt die IBC EURO-FORUM GmbH.

Sharing best Practices: Innovation als Erfolgsmotor

Ein besonderer Schwerpunkt des DIW Berlin Summit ist die Analyse und detaillierte Vorstellung des Innovationsindikators 2006 durch *Prof. Dr. Axel Werwatz* (Leiter der Abteilung Innovation, Industrie und Dienstleistung am DIW Berlin). Die Studie des DIW Berlin wird bereits zum zweiten Mal im Auftrag der Deutschen Telekom Stiftung und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) durchgeführt.

Der Kongress bietet Entscheidungsträgern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft die Gelegenheit, mit namhaften Referenten über die Innovationskraft in Deutschland und der Rolle des Staates bei der Entwicklung von Innovationen zu diskutieren. Wie Innovationen in Deutschland bereits erfolgreich umgesetzt werden, zeigen Praxisbeispiele aus Unternehmen wie Audi, SAP, Amara und Delticom. Die Geschäftsführerin des DIW Berlin, *Dr. Susanne Maria Schmidt*, wird zum Abschluss des DIW Berlin Summit eine Bilanz der Innovationen in Deutschland ziehen und einen Ausblick auf das Jahr 2020 geben.

Termin

DIW Berlin Summit 2006 „Innovation“
Sharing best Practices: Innovativität als Erfolgsmotor

Zeit/Time: 5. und 6. Dezember 2006, Berlin
Ort/Location: The Ritz-Carlton Hotel, Berlin,
Potsdamer Platz 3, 10785 Berlin,
Telefon: + 49 (0) 30 – 3 37 77-7

Weitere Informationen

Stefanie Kluckhuhn, Telefon: + 49 – 2 11 – 96 86-37 54,
E-Mail: stefanie.kluckhuhn@euroforum.com

Impressum

DIW Berlin
Königin-Luise-Str. 5
14195 Berlin

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Dr. Tilman Brück
Dörte Höppner
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Alfred Steinherr
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Axel Werwatz, Ph. D.
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
Dr. Elke Holst
Manfred Schmidt
Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 – 198888, 12 Cent/min.

Reklamationen können nur innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen des Wochenberichts angenommen werden; danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,- (jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter leserservice@diw.de

Konzept und Gestaltung
kognito, Berlin

Satz
eScriptum, Berlin

Druck
Walter Grützmaier GmbH & Co. KG, Berlin